

Zwölfte Sitzung – Douzième séance**Mittwoch, 18. Juni 1997****Mercredi 18 juin 1997**

08.40 h

Vorsitz – Présidence: Stamm Judith (C, LU)

90.257

**Parlamentarische Initiative
(Ducret)
Erwerb des Schweizer Bürgerrechts.
Aufenthaltsdauer
Initiative parlementaire
(Ducret)
Acquisition de la nationalité suisse.
Conditions de résidence**

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1016 hiervor – Voir page 1016 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 12. Juni 1997

Décision du Conseil des Etats du 12 juin 1997

Antrag der Einigungskonferenz vom 18. Juni 1997

Proposition de la Conférence de conciliation du 18 juin 1997

Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts**Loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse**

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Der Nationalrat hat zu drei Malen beschlossen, den Kantonen eine Möglichkeit zu schaffen, Ausländer, die seit langer Zeit in der Schweiz leben, mit verkürzten Fristen einzubürgern. Der Ständerat hat diesen Vorschlag dreimal abgelehnt. An der heutigen Einigungskonferenz hat die ständerätliche Meinung mit 14 zu 8 Stimmen obsiegt.

Wir unterbreiten Ihnen damit als Ergebnis der Einigungskonferenz den Antrag, dem Ständerat zuzustimmen.

Ich selber bedaure, dass es zu dieser Entscheidung gekommen ist. Wir sind damit in der Integrationsfrage nicht weitergekommen, sondern treten leider an Ort. Ich hoffe aber, dass wir mit der vom Bundesrat in Aussicht gestellten Vorlage über die Bürgerrechte dann weitere Schritte unternehmen können.

Koller Arnold, Bundespräsident: Ich kann mich kurz fassen. Ich möchte Sie nur bitten, diesen Antrag jetzt nicht aus Enttäuschung abzulehnen, denn dann wäre die ganze Vorlage im Eimer. Wenn Sie dem Einigungsantrag zustimmen, profitieren von dieser Vorlage immerhin rund 10 000 bis 20 000 Kinder von schweizerischen Müttern. Es geht dabei um Personen, welche vor 1953 geboren wurden und bisher vom Erwerb des mütterlichen Bürgerrechts ausgeschlossen waren. Auslandschweizer Kreise warten sehnsüchtig auf diese Vorlage.

Art. 15*Antrag der Einigungskonferenz*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats***Sammeltitel – Titre collectif****Öffentlicher Verkehr. Neat
Transport public. NLFA**

96.059

**Infrastruktur
des öffentlichen Verkehrs.
Bau und Finanzierung
Infrastructure
des transports publics.
Réalisation et financement**

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 26. Juni 1996 (BBI IV 638)

Message et projets d'arrêté du 26 juin 1996 (FF IV 648)

Beschluss des Ständerates vom 10. Dezember 1996

Décision du Conseil des Etats du 10 décembre 1996

Kategorie II/III, Art. 68 GRN – Catégorie II/III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag Schlier

Nichteintreten

Antrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, dem Parlament innerhalb zweier Jahre eine überarbeitete Vorlage zu unterbreiten, die insbesondere die folgenden Punkte berücksichtigt:

1. Überprüfung der aktuellen Bedürfnisse im Güter- und Personenverkehr unter Berücksichtigung des zunehmenden Ost-West-Verkehrs und deren Entwicklungen sowie daraus folgend eine entsprechende Neubeurteilung und eventuelle Redimensionierung der Vorlage;
2. Wirtschaftlichkeit des Betriebes der letztlich notwendigen Alpentransversalen und von deren Zubringern;
3. Möglichkeiten der optimalen Ausnutzung bestehender Kapazitäten unter Berücksichtigung der technischen Entwicklungen;
4. verbindliche Vereinbarungen im Rahmen des Transitvertrages oder entsprechender bilateraler Verträge über die Weiterführung des Transitverkehrs im Ausland (insbesondere Südanlüsse), mit der Aufrechnung allfälliger Folgekosten für unser Land;
5. Überprüfung der technischen Machbarkeit eines Gotthardbasistunnels mit Bau- und Betriebskosten;
6. prioritäre Behandlung der Bahnreform im Parlament unter Berücksichtigung der Auswirkungen des freien Netzzuganges («free access») auf die Wirtschaftlichkeit der zu bauenden Transversalen;
7. Vorstellungen darüber, wie der Bundesrat und die Schienenverkehrsanbieter den Güterverkehr mit einem attraktiven und qualitativ hochstehenden Angebot auf die Schiene verlagern wollen;
8. Überprüfung des Grundkonzeptes der geplanten Alpentransversalen unter Berücksichtigung der Entwicklung im Strassen- und Luftverkehr;
9. klare Vorstellungen über die Umsetzbarkeit der Alpen-Initiative;
10. Erarbeitung von Finanzierungsvarianten, die sich nicht fast ausschliesslich auf die Belastung des Schwerverkehrs abstützen.

Parlamentarische Initiative (Ducret) Erwerb des Schweizer Bürgerrechts.

Aufenthaltsdauer

Initiative parlementaire (Ducret) Acquisition de la nationalité suisse. Conditions de résidence

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.257
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1997 - 08:40
Date	
Data	
Seite	1286-1286
Page	
Pagina	
Ref. No	20 042 255

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.